L-01 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	25.10.2018
Tagesordnungspunkt:	TOP 3 Leitantrag zum Thema Bildung

Schule fürs Leben -
Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Bildung ist der Schlüssel zum Leben. Das beginnt mit der Sprache, der Möglichkeit sich auszudrücken. Das gilt für den Umgang mit Stift und Papier, für Lesen und Schreiben und die Grundrechenarten. Unser Verständnis von Bildung ist aber viel breiter. Schule soll Kinder und Jugendliche auf ein Leben in dieser Welt vorbereiten. Das heißt, die Gesellschaft zu verstehen, sich darin zurechtzufinden. Das heißt, den eigenen Weg in der Gesellschaft zu machen, Möglichkeiten nutzen zu können und selbst in der Lage zu sein, die Gesellschaft mitzugestalten. Deshalb muss Schule zwei Dinge leisten: Zum einen soll sie allen Schüler*innen durch qualitativ hochwertigen Unterricht und gute Ganztagskonzepte die nötigen Kenntnisse und Kompetenzen mitgeben, um gut auf das Leben nach der Schule vorbereitet zu sein. Zum anderen soll sie als Abbild und Teil unserer Gesellschaft Kinder zu mündigen Bürger*innen heranwachsen lassen, die aktiv und inklusiv unsere Demokratie und Gesellschaft mitgestalten. Dazu müssen Schulen die Möglichkeiten und Ressourcen haben – aber auch die Haltung entwickeln – jedes Kind individuell zu betrachten, vom Kind aus zu denken, Kinder dort abzuholen, wo sie stehen und so ihren Teil dazu beitragen, Chancengerechtigkeit für alle zu schaffen. Wir wollen eine Schule nach dem Grundsatz: Es ist egal, aus welchem Elternhaus Du kommst, es stehen Dir alle Wege in unsere Gesellschaft offen.

Um mehr Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, muss Schule sich so verändern, dass Qualität für alle Schüler*innen gesichert wird. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Kinder nicht richtig lesen und schreiben, nicht richtig rechnen können, wir wollen nicht hinnehmen, dass in Berlin immer noch rund 10 Prozent aller Schüler*innen die Schule ohne Abschluss verlassen und es in einzelnen Schulen sogar mehr als 20 Prozent sind.

Chancengerechtigkeit und die Arbeit gegen Spaltungen in der Gesellschaft ist ein Grundanliegen grüner Politik und zieht sich durch alle Politikfelder. Wir wollen keine Reichen- und Armenviertel, keine Ausgrenzung nach (zugeschriebener) Herkunft oder Religion, keine Benachteiligung von Kindern, weil sie in so genannte bildungsferne oder bildungsnahe Familien geboren werden. Das zu erreichen geht nur mit einem breiten Ansatz, der viele Politikfelder einbezieht. Gerade in Zeiten, in denen Spaltung das Mittel der Wahl von Rechtspopulisten ist, arbeiten wir für gegenseitigen Austausch und Verständnis über die verschiedenen Grenzen der Gesellschaft hinweg. Uns ist bewusst, dass die Bildungspolitik dabei nur ein Baustein sein kann – für uns aber ein zentraler. In Artikel 1 des Berliner Schulgesetzes heißt es: „Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten.“ Wir nehmen dieses Ziel ernst und arbeiten daran, die Voraussetzungen zu schaffen, dass dies in unseren Schulen gelebt werden kann.

Die Gemeinschaftsschule ist die Schulform, in der unsere Vorstellungen von guter Bildungspolitik am besten verwirklicht werden können. Es sind die Länder mit nicht gegliederten Schulsystemen, die die besten Ergebnisse bei internationalen Vergleichsstudien erzielen. Ein nicht gegliedertes Schulsystem führt also offensichtlich zu mehr Chancengerechtigkeit und mehr Qualität. Die Gemeinschaftsschule gibt die Möglichkeit, vom Kind aus zu denken, jedes Kind nach den eigenen Stärken und Schwächen zu fördern und zu dem Abschluss zu führen, der für das Kind der passendste ist. Gleichzeitig ist die Gemeinschaftsschule die Schulform, die am besten die Gesellschaft als Ganzes abbildet, Bildungsgerechtigkeit und Durchlässigkeit ermöglicht, egal woher Kinder kommen. Die Gemeinschaftsschule sorgt dafür, dass sich Kinder aus unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergründen begegnen, kennen und schätzen lernen.

Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und denken „Inklusion“ gleichzeitig viel breiter. Es geht für uns nicht nur um die Idee, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten – Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu nehmen, wie es ist, unabhängig von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung. Es geht darum, Schule zu einem Ort zu machen, an dem Gesellschaft zusammenkommt. Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven Gesellschaft. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. Darum arbeiten wir daran, die damit verbundene soziale Segregation zu überwinden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, unser Ziel, die „eine Schule für alle“, zu erreichen – also langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen. Dabei ist uns bewusst, dass dies nur gelingen kann, wenn wir unsere Politik darauf ausrichten und uns gemeinsam mit Schulen und Eltern auf diesen Weg machen.

Um für die Bildung unserer Kinder das Beste zu erreichen, dürfen wir Schule nicht isoliert betrachten. Wir wollen Schulen in ihrem Kiez gestalten und breite Beteiligung beispielsweise bei Neubauten von Schulen ermöglichen. Wir wollen die Räumlichkeiten für Vereine und Initiativen öffnen und Kooperationen mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie mit Familienzentren stärken, die Mensa zum Treffpunkt auch für ältere Menschen machen und Kooperationen mit Unternehmen oder Künstler*innen fördern.

Und: Gute Schule funktioniert nicht ohne enge Zusammenarbeit mit den Eltern. Eltern sind von Anbeginn an der wichtigste Schlüssel für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und wesentlich an der erfolgreichen Bildung ihrer Kinder beteiligt. Sie sind idealerweise beteiligt, arbeiten eng an der Gestaltung der Schule mit, unterstützen bei Schulfeiern, machen sich Gedanken über die Weiterentwicklung der Schule, bringen sich bei Elternabenden ein. Nicht immer können wir das erwarten. Gerade dann ist es wichtig, dass Schulen durch eine begleitende Familienarbeit geholfen wird, aktive Elternarbeit machen zu können, um nicht nur das Kind, sondern im Zweifel die Familie dort abzuholen, wo sie ist.

Um unserer Vorstellung von guter Bildung näher zu kommen, müssen wir in der Realität ansetzen. Das Berliner Schulsystem kämpft mit einem dramatischen Mangel an Lehrkräften, viele Gebäude sind marode, von Chancengerechtigkeit kann für viele Kinder und Jugendliche keine Rede sein. Wir haben unser Ideal guter Bildung vor Augen, wissen aber, dass es vieler kleiner Schritte bedarf, um Dinge zu verbessern. Der Weg zu konkreten Maßnahmen beginnt mit dem Betrachten der realen Situation in den Schulen Berlins.

Berliner Schulen im permanenten Ausnahmezustand

In Berlin leisten Tausende von Lehrer*innen tagtäglich einen großartigen Job. Sie arbeiten voller Leidenschaft, Empathie und Fürsorge für die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt und leisten damit einen unschätzbaren Beitrag sowohl zum gesellschaftlichen Zusammenhalt als

auch für die Startchancen ins Leben der einzelnen Schüler*innen. Doch wer in Berlin Lehrer*in ist, sieht sich jeden Tag einer Vielzahl von Widerständen ausgesetzt.

Das zentrale Problem der Berliner Schule ist seine Leistungsschwäche auf allen Ebenen. Seit Beginn der internationalen und nationalen Vergleiche von Schülerleistungen ist deutlich geworden, dass Berliner Kinder und Jugendliche in allen Schulformen schlechter abschneiden. Besonders gravierend ist, dass Kinder und Jugendliche mit so genanntem Migrationshintergrund seit Jahrzehnten schlechtere Ergebnisse und Abschlüsse haben. Die neuesten Ergebnisse der IQB-Studie sind besonders im Hinblick auf die Schwächsten in Berlin alarmierend: Gerade die Leistungsschwächsten konnten sich in den letzten fünf Jahren nicht verbessern. Deshalb muss sich die Qualitätssicherung in Berlins Schulen verbessern.Dabei gilt es, den richtigen Ausgleich zwischen zentraler Steuerung bzw. „Aufsicht“ sowie einheitlichen Vorgaben einerseits und dezentralen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräumen andererseits zu finden. Eine Gesamtstrategie in diesem Sinne zur Qualitätssicherung von Schule gibt es in Berlin bisher nur in Ansätzen.

Auch wenn es einen anderen Anschein hat, in Berlin ist in den vergangenen Jahren an Bildungsausgaben im Personalbereich nicht gespart worden. Massiv reduziert wurden die baulichen Mittel und Investitionen. Berlin gibt im Vergleich mit anderen Bundesländern zwar nicht wenig Geld für die Bildung aus. Offensichtlich gibt es aber erhebliche Mängel in der Verteilung der Mittel sowie viel zu späte Einsichten zum Umsteuern. Deshalb haben wir es mit einem dramatischen Lehrkräftemangel zu tun, insbesondere in den so wichtigen Grundschulen.

Die jetzige Situation hat sich lange abgezeichnet. Über viele Jahre wurden zu wenige Lehrkräfte an den Universitäten ausgebildet. Berlin wächst und seit Jahren ist klar, dass mehr Kinder in die Schulen kommen werden, dass Lehrkräfte in den Ruhestand gehen. Auch bei Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen herrscht Fachkräftemangel. Die Schulen beteiligen sich bisher zu wenig an der Ausbildung dieser Fachkräfte. Was wir nun brauchen, sind kurzfristige Lösungen, um die Lage in den Schulen zu verbessern. Wir dürfen darüber aber nicht die langfristige Perspektive aus den Augen verlieren. Der akute Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerzustand werden.

Gleichzeitig sind sehr viele Schulgebäude in beklagenswertem Zustand. Kinder müssen in Containern unterrichtet werden, Toiletten sind unbenutzbar, durch die Fenster zieht es in die Klassenzimmer, von den Decken bröselt der Putz. Guter Unterricht ist unter diesen Bedingungen kaum möglich. Und das ist nur die eine Hälfte des Problems. Berlin wächst, immer mehr Kinder kommen in die Schule. Es ist höchste Zeit, dass wir Geld in die Hand nehmen und die Strukturen so aufstellen, dass bestehende Schulen saniert und neue Schulen zügig gebaut werden können.

Auch die Spaltung zwischen und innerhalb von Schulen bereitet uns große Sorge – sowohl innerhalb von Bezirken als auch berlinweit. Von Chancengerechtigkeit kann häufig kaum die Rede sein.

Schon in Grundschulen sind die Bedingungen sehr unterschiedlich. Das liegt zum einen am Umfeld der Grundschulen, an den Kiezen und der jeweiligen Wohnbevölkerung. Aber auch daran, dass der Fokus bislang nicht so gelegt wurde, dass die Schulen mit den schwierigsten Bedingungen die besten Ressourcen zur Verfügung haben. Bei den weiterführenden Schulen ist ein regelrechter Kampf unter Eltern um die Plätze an den „guten“ Schulen Berlins entbrannt. Ob bei Gemeinschaftsschulen, Integrierten Sekundarschulen (ISS) oder Gymnasien – es gibt Schulen, die sich ihre Schüler*innen aussuchen können und dies auch über die Zeugnisnote tun. Daneben gibt es Schulen, die Mühe haben, Schüler*innen anzuziehen. An diesen Schulen sammeln sich häufig Kinder, die es schwieriger haben, zum Beispiel weil sie nicht die nötige Unterstützung von zuhause bekommen.

Eine zweite Dimension der Spaltung macht uns auch zunehmend Sorgen. In Berlins Schulen nimmt Diskriminierung aufgrund von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung zu. Es geht aber nicht nur um Diskriminierung zwischen Schüler*innen. Auch Lehrkräfte bewerten Schüler*innen unterschiedlich, je nachdem welcher Religion sie angehören, ob sie Mohammad oder Michael heißen oder ob sie mit oder ohne Kopftuch auf der Schulbank sitzen. Gleichzeitig nehmen auch die verbalen und handgreiflichen Attacken gegen Lehrer*innen zu. So machen auch Lehrer*innen viel zu oft Diskriminierungserfahrungen in Berliner Schulen.

Diese Spaltungen wollen wir überwinden – sowohl die Spaltung zwischen den Schulen als auch die Spaltungen und Diskriminierungen in den Schulen.

Nicht zuletzt sind Berlins Schulen nicht auf die Zukunft vorbereitet. Diese Zukunft ist digital, Berlins Schulen sind es nicht. Das erste, was Schulen brauchen, ist stabiles und schnelles Internet. Alle Schulen müssen WLAN in ihren Gebäuden bekommen. Weiter geht es mit der „Hardware“. Wenn noch nicht mal der Kopierer funktioniert, ist an eine gute Ausstattung mit Computern nicht zu denken, geschweige denn an Geräte, die im Unterricht von den Schüler*innen genutzt werden könnten. Auch das nötige Personal fehlt. Es ist Lehrkräften nicht zuzumuten, auch noch zu Techniker*innen zu werden. Zukunft bedeutet aber auch, dass pädagogische Ansätze überdacht und neu konzipiert werden. Digitalisierung muss Pädagogik folgen, nicht andersherum. Digitalisierung bedeutet auch die Auseinandersetzung mit Datenmanipulation und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. Kein Tablett ersetzt Erfahrungen im echten Leben. Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die Zukunft vorzubereiten, die sie in der Realität erwartet. Digitalisierung bringt große Chancen, aber auch Risiken mit sich. Wir wollen die Chancen nutzen, ohne die Risiken aus den Augen zu verlieren.

Was nun zu tun ist – unser Plan für bessere Bildung in Berlin

Es ist viel zu tun, um die Situation an Berlins Schulen zu verbessern. Wir sind uns bewusst, dass wir dabei mehrgleisig fahren müssen. Wir brauchen Akutmaßnahmen für die dringlichsten Probleme und wir brauchen Maßnahmen, die mittelfristig wirken.

Gutes Personal für unsere Schulen

Berlins Schulen brauchen mehr und gleichzeitig gut ausgebildetes Personal. Kurzfristig, aber auch langfristig. Kurzfristig schlagen wir ein ganzes Maßnahmenpaket vor. Teilweise haben wir mit der Umsetzung bereits begonnen und machen Druck auf die Senatsverwaltung für Bildung über unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Das, was bislang angeschoben wurde, reicht aber nicht aus.

Um in allen Fächern schnell mehr gutes Personal anzuwerben, wollen wir alle Fächer zu sogenannten „Mangelfächern“ erklären lassen. Damit öffnen wir alle Fächer für Menschen, die zwar ein bestimmtes Fach studiert haben, aber nicht auf Lehramt. Solche Quereinsteiger*innen sind derzeit zentral dafür, den Schulbetrieb überhaupt aufrecht zu erhalten. Bewerber*innen mit der Qualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ oder „Deutsch als Fremdsprache“ haben wir ebenfalls den Weg in den Berliner Schuldienst geebnet. Darüber hinaus wollen wir schneller ausländische Abschlüsse anerkennen. Für nötige Prüfungen dafür wollen wir die Kosten übernehmen. Entsprechende Sprachkenntnisse müssen vor Beginn des Dienstes in der Schule nachgewiesen werden, dies kann aber auch nach der Anerkennung der Qualifikationen erfolgen. Die Möglichkeit, auch mit nur einem Fachgebiet in den Schuldienst einzusteigen, wollen wir stärker bewerben, samt Möglichkeit zur späteren Nachqualifizierung. Wenn Stellen nicht besetzt werden können, wollen wir das Geld direkt den Schulen zur Verfügung stellen, damit

vor Ort parallel nach weiteren Lösungen für Engpässe gesucht werden kann – denn wenn Schulen direkt über das Geld verfügen können, haben sie mehr Möglichkeiten, auch kreative Lösungen zu finden: jemand, der beim Kopieren oder als Klausurenaufsicht unterstützt, braucht keine pädagogische Ausbildung, entlastet das Lehrpersonal aber dennoch.

Wir brauchen Quereinsteiger*innen, um den Unterricht an den Berliner Schulen aufrecht zu erhalten. Quereinsteiger*innen bringen viele Erfahrungen aus dem außerschulischen Leben mit, wovon Schüler*innen profitieren. Gleichzeitig müssen wir vermeiden, dass sich Quereinsteiger*innen an Schulen ballen. Zu häufig unterrichten viele Fachleute ohne pädagogische Ausbildung an den Schulen, an denen die höchste pädagogische Kompetenz gefragt wäre. Es muss deshalb unser Ziel sein, dass insbesondere diese Schulen für Menschen, die ein Lehramtsstudium absolviert haben, attraktiv sind, damit sich hier der Bedarf an Quereinsteiger*innen im Rahmen hält. Bei Neueinstellungen wollen wir erreichen, dass Quereinsteiger*innen zunächst an den Schulen eingestellt werden, an denen es bislang wenige Quereinsteiger*innen gibt.

Wir wollen eine weitere Möglichkeit nutzen, qualifiziertes Personal an Berliner Schulen zu bekommen: Wenn sich für ausgewählte Schulen mit besonderem Fachkräftemangel und hohem Anteil von Kindern aus sogenannten bildungsfernen Familien genügend voll qualifizierte Lehrkräfte melden, um die Lehrkräfteausstattung auf 110 Prozent zu steigern, werden diese zusätzlichen zehn Prozent der Schule zur Entlastung des Kollegiums (kleinere Klassen, geringere Stundendeputate) zur Verfügung gestellt.

Entlastung wollen wir auch schaffen, indem wir den Aufbau von so genannten „multiprofessionellen Teams“ schneller vorantreiben. Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen sind ohnehin ein großer Gewinn für Schulen und entlasten gleichzeitig Lehrkräfte. Wir setzen uns deshalb für Sozialarbeit an allen Schulen ein. Gleiches gilt z.B. für Techniker*innen und Verwaltungsstellen, die Lehrkräfte von organisatorischen Arbeiten entlasten. Auch hier wollen wir langfristig eine bessere Ausstattung von Schulen ermöglichen. Aber auch alle Professionen mit einem „kindnahen“ Tätigkeitsbereich können hilfreich sein, ebenso Künstler*innen, wenn sie einen Zugang zu Kindern und Jugendlichen haben. Entlastung ist auch möglich, wenn die Auswertung der zentralen Prüfungen und Vergleichsarbeiten nicht von den Lehrer*innen selbst durchgeführt werden müsste. Wichtig ist, dass wir hier keine prekären Jobs schaffen, sondern Arbeitsplätze, die Menschen Perspektiven geben und gleichzeitig zur Entlastung des pädagogischen Personals beitragen. Ebenso sollte geprüft werden, ob die Entwicklung von Beispiel-Curricula auf der Grundlage der neuen Lehrpläne in den Schulen Anklang fände.

Der derzeitige Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerproblem werden. Darum ist für uns klar: Nicht-pädagogisches Personal, das wir nun einstellen, muss dauerhaft an den Schulen bleiben können. Zusätzlich muss die Ausstattung mit Lehrkräften schnell wieder angehoben werden. Für alle Studierenden, die derzeit an Berliner Hochschulen auf Lehramt studieren oder in den kommenden fünf Jahren ein Lehramtsstudium aufnehmen, wollen wir eine Einstellungsgarantie im Berliner Schulbetrieb geben. Das kann dazu führen, dass in einigen Jahren eine Ausstattung mit Lehrkräften auch deutlich über 100 Prozent eintritt. Sollte dies der Fall sein, wollen wir diese Situation zur Qualitätsverbesserung an Berlins Schulen nutzen, zum Beispiel durch die Einführung von Teamzeiten anstelle der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften. Arbeit im Team wollen wir generell stärken und uns für eine Kultur des gemeinsamen Arbeitens statt des Einzelkämpfer-Daseins von Lehrer*innen einsetzen – dabei entstehen Synergien und so sparen Lehrkräfte beispielsweise durch gemeinsame Unterrichtsplanung Zeit, die sie an anderer Stelle für die Schüler*innen einsetzen können.

Um die Ausbildung auf eine gute fachliche Grundlage zu stellen, wollen wir mit den Hochschulen Berlins in Verhandlungen treten, um den Quereinstiegsmaster noch attraktiver zu machen, zum Beispiel durch die Möglichkeiten, ihn auch in Teilzeit zu absolvieren. Generell ist uns wichtig, dass das Studium verstärkt auch moderne Unterrichtsmethoden aufgreift, die über den klassischen Frontalunterricht hinausgehen. Das gilt zum Beispiel für fächerübergreifendes Lernen oder für das Einbeziehen außerschulischer Lernorte.

Sowohl beim Quereinstieg als auch beim regulären Lehramtsstudium wollen wir die Inhalte diversitätssensibler und rassismuskritischer gestalten – damit Lehrer*innen Diskriminierung in Schulen vorbeugen, erkennen und dagegen vorgehen können. Es gilt aber auch, mehr Lehrer*innen einzustellen, die selbst potenziell von Rassismus oder anderer Diskriminierung betroffen sind. People of Color sind beispielsweise noch viel zu selten in unseren Lehrerzimmern vertreten – sie verstärkt durch gezielte Kampagnen anzuwerben, ist nicht nur ein weiterer Weg, unerschlossenes Potenzial zu nutzen, um dem Lehrkräftemangel entgegen zu wirken, sondern würde vor allem auch dazu beitragen, die Vielfalt unserer Gesellschaft auch in den Lehrerkollegien widerzuspiegeln und stellt von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Schüler*innen starke Partner*innen an die Seite.

Gutes Personal gewinnen wir vor allem durch attraktive Arbeitsbedingungen. Die Bezahlung von Lehrkräften ist im Land Berlin vergleichsweise gut, dies wollen wir aber auch für andere Berufsgruppen in Schulen wie beispielsweise für Erzieher*innen erreichen. Dass angestellte Lehrkräfte gegenüber Beamten insbesondere im Hinblick auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die finanzielle Versorgung im Ruhestand noch deutlich schlechter gestellt sind, lässt sich jedoch nicht leugnen. Wir wollen deshalb prüfen, inwiefern diese finanziellen Nachteile für angestellte Lehrkräfte ausgeglichen werden können.

Ob das Land Berlin als Arbeitgeber für Lehrer*innen attraktiv ist, ist jedoch nicht nur eine Frage der Bezahlung. Deshalb wollen wir in den Schulen einladende Arbeitsumgebungen schaffen – das beginnt mit dem Gebäude, geht über angemessene Arbeitsplätze in Lehrerzimmern und endet bei einem guten Mittagessen mit ausreichend Platz und Pausenzeit. Um mehr junge Lehrer*innen nach Berlin zu holen, wollen wir eine Berufseinstiegsphase ermöglichen, in der Lehrer*innen in den ersten Jahren weniger Unterrichtsverpflichtung haben – denn gerade in den ersten Berufsjahren ist der zeitliche Aufwand für Unterrichtsvorbereitung und das Korrigieren von Klausuren und Klassenarbeiten ungleich höher. Außerdem sollen jungen Lehrer*innen gezielte Fortbildungsangebote für Berufseinsteiger*innen sowie Supervisionsangebote zur Verfügung stehen.

Schulen sanieren, neue Schulen bauen

Der bauliche Zustand vieler Berliner Schulen ist desolat, zugleich steht Berlin vor einem riesigen Wachstum an Schüler*innen und muss innerhalb kürzester Zeit zehntausende neue Schulplätze schaffen. Die bestehenden Schulen zu sanieren, auszubauen und darüber hinaus noch ca. 60 neue Schulstandorte zu etablieren, ist ein Mammutprojekt. Dafür stellen wir in den nächsten zehn Jahren insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Schule soll ein gesunder, guter Arbeitsplatz sein. Schule im 21. Jahrhundert ist nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch des Lebens. Wir wollen mehr Ganztagsschulen ermöglichen – dazu müssen aber auch die Schulgebäude ein geeigneter Ort sein. Ein Ort zum Lernen und Arbeiten, aber auch zum Essen und Ausruhen; ein Ort zur Bewegung, aber auch mit Rückzugsräumen. Die Gebäude müssen auf die Bedürfnisse der Kinder und auf unterschiedliche pädagogische Konzepte zugeschnitten werden und für die Anforderungen kommender Generationen offen sein. Diese räumliche Lernumgebung wird nicht umsonst als „Dritter Pädagoge“ bezeichnet.

Bei Neubauten bedeutet das, dass wir von Beginn an so planen wollen, dass Platz ist für ganztägigen Schulbetrieb. Die Mensen müssen darauf ausgerichtet sein, täglich für alle Kinder und das Personal ein vor Ort frisch gekochtes, warmes Mittagessen zur Verfügung stellen zu können. Nicht nur die Schüler*innen, auch die Lehrkräfte brauchen bei einem Ganztagesbetrieb mehr Rückzugsraum.

Auch wenn der Bedarf an Neubau von Schulen groß ist, wollen wir keine Schulen im Standard-Format von der Stange bauen. Schon die Raumknappheit in der Innenstadt erfordert individuelle Lösungen für jeden Schulstandort und dafür entsprechende Ausschreibungen und Ideenwettbewerbe. Wir suchen die besten, kreativsten Lösungen mit den höchsten ökologischen Standards. Das Gebäude selbst wollen wir so ökologisch wie möglich gestalten – aus gesunden, nachhaltigen Baustoffen, mit Gründach und dezentraler Regenwasserbewirtschaftung, mit Photovoltaik, intelligenter Leittechnik, mit Fassadenbegrünung und Schulgarten. Dabei wollen wir nach Hamburger Vorbild Schulen bauen, die dem gesamten Kiez offen stehen. Nicht nur die Sporthalle und der Schulhof sollen nachmittags und abends für Vereine und Menschen aus der Nachbarschaft offen stehen – wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass beispielsweise Stadtteilbibliotheken oder Volkshochschulen die Schulgebäude mitbenutzen, dass Mensen nachmittags als Kiez-Café dienen oder der Schulgarten für Urban Gardening-Projekte genutzt wird. Wir wollen, dass die Menschen, die in der Nachbarschaft einer Schule leben, an ihrer Entwicklung teilhaben und Schulbauten immer mit Beteiligungsverfahren durchgeführt werden.

Wir wollen diese Ziele beim Neubau von Schulen berücksichtigen, aber auch bei der Sanierung der Bestandsschulen soweit möglich realisieren. Diese Mammutaufgabe von Schulneubau und Schulsanierung können die Bezirke allein nicht bewältigen. Deshalb haben sich Senat und Bezirke auf eine Aufgabenteilung geeinigt. Das Land übernimmt alle Neubauprojekte und die großen Sanierungsfälle. Die Bezirke sind weiterhin für die mittleren und kleineren Sanierungen sowie den baulichen Unterhalt der Schulen verantwortlich.

Bei der Umsetzung werden wir mit der Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE kooperieren. Die Gesellschaft ist erfahren bei der Abwicklung von Bauprojekten, flexibel in der Mittelbewirtschaftung und kann schnell Personal anwerben.

Unser Ziel ist es, Schulbau und Schulsanierung aus Haushaltsmitteln zu finanzieren. Wir wollen die HOWOGE als Baudienstleister nutzen. Kreditfinanzierung wollen wir, anders als in bisherigen Modellen vorgesehen, vermeiden. Die Vorteile liegen auf der Hand: Für die öffentliche Hand würden weder Zinsen noch Übertragungskosten fällig werden. Und sowohl die HOWOGE als auch die Bezirke wären in ihrer Finanzplanung um einiges flexibler, als wenn sie sich über viele Jahre durch Erbbaurechte und ein Mieter-Vermieter-Modell gegenseitig verpflichten würden. Da es sich bei Schulbau und -sanierung um ein langjähriges Projekt handelt, sind Haushaltslage und notwendige Prioritäten aber nicht abschließend vorherzusagen. Sollte der Fall eintreten, dass die Haushaltsmittel nicht vollständig ausreichen, ziehen wir Kreditfinanzierungmodelle wieder in Betracht. Denn letztlich steht im Zentrum: Es muss saniert und es muss gebaut werden. Wartezeiten können wir uns nicht mehr leisten.

Mehr Qualität und mehr Chancengerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen

Wir wollen, dass alle Kinder bestmögliche Lernbedingungen haben. Das geht am besten in Ganztagsschulen und mit einer engen Verzahnung von Schule und Jugendhilfe. Dazu braucht es mehr gutes Personal, bessere Arbeitsbedingungen für pädagogische Fachkräfte, einen besseren Zustand der Gebäude und eine gute sozio-kulturelle Mischung der Kinder in den Schulen. Unser Ziel sind vielfältige Gemeinschaftsschulen, unsere Maßnahmen knüpfen aber direkt am aktuellen Schulsystem an, sodass wir zügig zu Verbesserungen kommen können.

Grundschulen – ein guter Start legt den Grundstein einer erfolgreichen Schullaufbahn

Für uns sind beim Blick auf die Grundschulen drei Dinge zentral: Kurze Beine, kurze Wege – die Schulen müssen fußläufig für Kinder zu erreichen sein. Gute Qualität in allen Schulen – darum wollen wir besonders in die Grundschulen investieren, die heute von Eltern verstärkt gemieden werden und parallel jeweils individuelle Strategien zur qualitativen Weiterentwicklung mit den Schulen erarbeiten. Zum Beispiel wollen wir Funktionsstellen zur Weiterentwicklung von Schulen und zusätzliche Stellen zur Verwaltung der Schule finanzieren. Vor allem da, wo Grundschulen besonders viele Kinder aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern unterrichten, müssen sich die Lehrkräfte voll und ganz auf den Unterricht konzentrieren können. Drittens wollen wir, dass Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien in der Grundschule zusammen kommen. Darum wollen wir bei der Festlegung der Einschulungsbereiche künftig neben den Daten der Bevölkerungsentwicklung auch Sozialstrukturdaten verwenden und Einschulungsbereiche so schneiden, dass die sozio-kulturelle Mischung an den Schulen möglichst ausgeglichen ist. Dabei achten wir darauf, dass Geschwisterkinder durch Änderungen bei den Einschulungsgebieten nicht auf getrennte Schulen gehen müssen. Gerade bei den Grundstufen der Gemeinschaftsschulen wollen wir die soziale Zusammensetzung möglichst ausgewogen gestalten, ohne zu vernachlässigen, dass Grundschulen fußläufig erreichbar sein müssen. Das gilt insbesondere für das Drittel der Schüler*innen, das sich die Schule selbst aussuchen kann.

Der Übergang in eine weiterführende Schule

Der nächste Schritt in der Schullaufbahn eines Kindes ist der Wechsel auf eine weiterführende Schule – in Berlin entweder ein Gymnasium, eine so genannte „Integrierte Sekundarschule“ (ISS) oder eine Gemeinschaftsschule. Leider wird dieser Übergang in Berlin zunehmend zu einem Nervenkrieg für die Schüler*innen und ihre Eltern, weil der Übergang auf die gewünschte Schule so stark vom Notenschnitt aus der Grundschule abhängig gemacht wird, dass selbst mit einem Schnitt von 1,3 der Übergang auf die Wunschschule nicht mehr sicher ist. An anderen Schulen kommen viele Kinder mit schlechteren Noten zusammen, die häufig aus bildungsferneren Familien kommen. Diese Entwicklung sorgt bei vielen Eltern für Angst und Frust, Kinder werden schon im Grundschulalter unter Druck gesetzt.

Diese Situation wollen wir nicht länger hinnehmen. Wir wollen das Elternwahlrecht stärken, indem wir allen Kindern gleichermaßen ermöglichen, eine Wunschschule zu besuchen. Dies ist momentan viel zu häufig nur den Kindern möglich, die einen guten bis sehr guten Notenschnitt haben – und zwar unabhängig von der Schulform, denn nicht nur Gymnasien wählen anhand des Notenschnitts aus, sondern auch die übernachgefragten ISS nutzen diesen Mechanismus häufig. Deshalb wollen wir bei Übernachfrage an weiterführenden Schulen die Schulen motivieren, neben Geschwisterkindern und Härtefällen sowie Kindern, die in einer Gemeinschaftsschule aus der eigenen Unterstufe kommen, die Aufnahme der Kinder stärker anhand ihres Profils und einer guten sozialen Mischung festzumachen.

Weitere 50 Prozent der Plätze sollen dann im Losverfahren vergeben werden – wenn Schulen einen höheren Anteil losen wollen, auch mehr. So stellen wir sicher, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben. Wir fordern die Senatsverwaltung auf, die Details eines entsprechenden Konzeptes auszuarbeiten.

Gleichzeitig beobachten wir mit Sorge, dass sich die Schulplatzknappheit in den kommenden Jahren aufgrund der Bevölkerungsentwicklung noch verschärfen wird. Um allen Kindern einen Platz an einer guten Schule zu garantieren, ist es entsprechend erforderlich, zwei Dinge zu tun. Zum einen muss sichergestellt werden, dass jede Schule qualitativ hochwertigen Unterricht bietet – Instrumente dazu führen wir weiter unten aus. Zum anderen muss so schnell wie möglich für ausreichende Kapazitäten an allen bestehenden und zukünftigen

Schulstandorten gesorgt werden; wir erwarten sowohl vom Senat als auch von den Bezirken, dass sie die Schulentwicklungsplanung entsprechend vorantreiben.

Die ohnehin schon unverbindlichen Förderprognosen am Ende der Grundschule wollen wir durch die verpflichtende Schullaufbahnberatung ersetzen, bei der alle möglichen Abschlüsse und Laufbahnen inklusive der beruflichen Bildung vermittelt werden sollen.

Weiterführende Schulen

Ist der Übergang geschafft, beginnt die Zeit in einer der weiterführenden Schulen. Unsere Berliner Schullandschaft steht auf zwei gleichwertigen Säulen. Die eine Säule besteht aus integrierten Schulformen: das sind Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Integrierte Sekundarschulen und berufliche Schulen. Die andere Säule ist das allgemeinbildende Gymnasium.

Wir begrüßen, dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als Regelschule festgeschrieben wird – dafür haben wir lange gekämpft. Damit haben alle Schulformen eine rechtlich gesicherte Basis, von der aus wir die Berliner Schulen weiter entwickeln wollen, damit an allen Schulen bessere Qualität möglich wird.

Wir sind der Überzeugung: Wenn Schüler*innen länger gemeinsam lernen und der Weg zu allen Bildungsabschlüssen möglichst lange offen gehalten wird, trägt das zu guter individueller Förderung bei. Gemeinschaftsschulen sind deshalb aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen die Schulform der Zukunft. Sie leben den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens am erfolgreichsten. Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern setzen darauf, durch positive Anreize, Ermöglichen und Unterstützen neuer und bestehender Gemeinschaftsschulen, mehr Menschen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig richten wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen.

Wir wollen die bestehenden Gemeinschaftsschulen darin unterstützen, noch besser zu werden und gleichzeitig daran arbeiten, dass noch mehr Gemeinschaftsschulen in Berlin entstehen. Wir wollen, dass alle Gemeinschaftsschulen Wege zu allen Abschlüssen ermöglichen, gegebenenfalls auch durch Kooperationen. Dies gilt auch für ISSen, die bereit sind, sich zu einer Gemeinschaftsschule weiterzuentwickeln. ISSen und Gymnasien wollen wir ermöglichen, sich auch ohne Grundstufe in Gemeinschaftsoberschulen weiterzuentwickeln. Um die Weiterentwicklung von Gemeinschaftsschulen zu fördern, wollen wir in Qualitätsprogramm Gemeinschaftsschule auflegen, damit alle Gemeinschaftsschulen allen Schüler*innen optimale Lernbedingungen bieten können. Der Bedarf an gezielter Unterstützung beginnt mit der Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule, z.B. im Fusionsprozess, aber auch beim Aufbau einer Oberstufe. Hierfür wollen wir finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung stellen. Auch die Gemeinschaftsschulen, die mit schwierigen Situationen zu kämpfen haben, wollen wir damit unterstützen. Um die Möglichkeit zu schaffen, noch individueller auf jedes Kind eingehen zu können, wollen wir, dass Schulen auch nach der 8. Klasse von der Bewertung mittels Ziffernnoten abweichen können. Die Sekundarschulverordnung sollte entsprechend verändert werden. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig – wie im Koalitionsvertrag bereits verankert – vor allem Gemeinschaftsschulen geplant werden. Hierauf werden wir bei der Planung in den Bezirken achten.

Lehrer*innen an Gymnasien sind häufig hoch motiviert, wollen für die aufgenommenen Kinder das Beste und mehr Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Offensichtlich zögern aber noch viele Gymnasien, sich der Aufgabe der Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu öffnen. Das wollen wir ändern. Gymnasien sollen, genau wie ISSen, vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf pro Klasse aufnehmen, wenn es die entsprechenden Anmeldungen gibt. Der oben beschriebene Übergang von der Grundschule auf weiterführende

Schulen wird auch die Schüler*innenschaft auf Gymnasien heterogener machen. Unser Ziel ist, dass die Kinder, die einmal auf dem Gymnasium sind, auch dort zum Abschluss kommen. Das bedeutet einerseits, dass Gymnasien künftig alle Schulabschlüsse nicht nur anbieten, sondern auch fördern sollen. Es ist an der Zeit, deutlich zu machen, dass das Abitur nicht zwangsläufig für alle Schüler*innen der richtige Weg ist. Gleichzeitig wollen wir das Probejahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das so genannte „Abschulen", also die Versetzung von Kindern an eine ISS, abschaffen. Verpflichtendes Sitzenbleiben gibt es schon heute nur noch an Gymnasien. In den anderen Schulformen gibt es die Möglichkeit des „freiwilligen Wiederholens". So wollen wir das auch an Gymnasien einführen. Einige Gymnasien nehmen Kinder bereits nach der vierten Klasse auf. Unser Ziel hingegen ist das möglichst lange gemeinsame Lernen. Deshalb wollen wir keine weiteren grundständigen Gymnasien. Wir wollen Grundschulen noch besser dabei unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder bestmöglich fördern können, damit alle Kinder dort bleiben.

Es ist uns bewusst, dass wir damit auch neue Anforderungen an die Gymnasien stellen. Darum wollen wir die Gymnasien mit steigender Übernahme neuer Aufgaben auch entsprechend besser ausstatten und befähigen.

Egal ob Gymnasium, ISS oder Gemeinschaftsschule – es gibt in jeder Schulform Schulen, die sich besonderen Herausforderungen gegenüber sehen. Dies betrifft vor allem Schulen mit einem hohen Anteil von Schüler*innen aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern. Diese wollen wir gezielt unterstützen. Gießkannenartig ausgegossene Bonusprogramme sind dabei aber der falsche Weg. Es gilt vielmehr, jede Schule einzeln anzuschauen und passgenaue Lösungen zu finden. In einer Situation von Lehrer*innen-Mangel wollen wir Personal zunächst da einsetzen, wo der Bedarf besonders groß ist.

Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung

Eine Besonderheit des Berliner Schulsystems sind die Oberstufenzentren (OSZ), wo die mit Abstand größte Zahl der Jugendlichen unserer Stadt lernt. Ihre Stärke liegt darin, dass sie vier Bildungssegmente unter einem Dach zusammenfassen: Berufsqualifizierung, Berufsausbildung, Studienqualifizierung und Weiterbildung. Wir wollen die OSZs stärken und die berufliche Bildung insbesondere bei Fragen von Abschlüssen, Anschlüssen, Übergängen, Kooperationen und Oberstufen mitdenken – denn hier bieten sie ungenutzte Potenziale für unsere Stadt.

Wo Kooperationen zwischen ISS und OSZ bestehen, wollen wir diese stärken und weitere Kooperationen – auch mit Gemeinschaftsschulen – unterstützen. Im Zuge der Schulstrukturreform ist dies nicht ausreichend gefördert worden; ein sträfliches Versäumnis, denn dies ist eine einzigartige Chance, die berufliche Bildung als Teil einer gemeinsamen Bildungslandschaft sichtbarer und einen durchgängig integrierten Schulweg möglich zu machen. Bisher war dies aber auch deshalb schwer durchsetzbar, weil in vielen Familien das Abitur nach wie vor als erstrebenswertester Abschluss zählt. Hier gilt es, die berufliche Bildung gleichwertig neben der Allgemeinbildung zu positionieren. Dafür wollen wir die Familien schon ab den Grundschulen gleichberechtigt über berufliche wie akademische Bildungsgänge informieren und durch eine Kampagne, gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit der IHK oder anderen Akteuren, die berufliche Bildung attraktiver machen.

Gleichzeitig sollen alle Schüler*innen entsprechend ihren Neigungen auch in den allgemeinbildenden Schulen die Möglichkeit bekommen, von den Formen des dualen Lernens, wie beispielsweise des Produktiven Lernens, zu profitieren.

Für uns ist entscheidend, dass kein*e Jugendliche*r die Schule ohne Perspektive verlässt. Deshalb wollen wir allen, die ansonsten unversorgt sind, mit Hilfe eines 11. Schuljahres für

sie adäquate, anschlussfähige (Aus-)Bildungsangebote machen. Und wir wollen die Oberstufenzentren als Kompetenzzentren für ihr Berufsfeld fachlich weiter stärken, u.a. durch Ausbau der Lernortkooperation mit den Ausbildungsbetrieben oder durch Zusammenarbeit mit Hochschulen und die gemeinsame Entwicklung dualer Studiengänge.

Private Schulen in freier Trägerschaft

Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches Bildungsangebot einzusetzen. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem eine Vielfalt pädagogischer Konzepte Platz hat – soweit es geht innerhalb des öffentlichen Bildungssystems.

Private Schulen in freier Trägerschaft waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, private Schulen zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist dabei das so genannte „Sonderungsverbot". Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Wir wollen mit den privaten Schulen in freier Trägerschaft zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Dazu sollen alle existierenden Schulen ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten öffnen wollen. Ein zentraler Aspekt dabei ist zu garantieren, dass Kinder von Menschen, die Transferleistungen empfangen, nicht ausgeschlossen werden. Deren Beiträge wollen wir verpflichtend für alle Schulen auf null reduzieren. Um überprüfen zu können, welche Fortschritte gemacht werden, wollen wir mehr Transparenz schaffen. Alle Schulen sollen künftig beispielsweise anhand des Berlinpasses erheben, wie viele Kinder aus finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen. Derzeit wird in der Bildungsverwaltung an einem neuen Modell zur Finanzierung von privaten Schulen in Berlin gearbeitet. Wir wollen, dass die Finanzierung künftig stärker die soziale Verantwortungsübernahme widerspiegelt. Das bedeutet konkret, dass freie Schulen, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. Private Schulen mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten.

Qualitätssicherung in allen Schulen

An allen Schulen ist uns das Thema Qualitätssicherung ein wichtiges Anliegen. Dabei ist uns eine Mischung an Instrumenten wichtig, die nicht nur Abschlüsse und Notendurchschnitte misst, sondern auch die konkrete Situation von Schulen in den Blick nimmt. Ein Gymnasium mit vielen Kindern aus bildungsnahen Familien hat es leichter, gute Abschlusszahlen vorzuweisen, als eine Gemeinschaftsschule, die per Definition eine viel heterogenere Schüler*innenschaft aufweist. Darum setzen wir uns für eine Mischung unterschiedlicher Instrumente ein, zum Beispiel aus Vergleichsarbeiten, ausgefallenen Stunden und Vor-Ort-Besuchen, um die individuelle Situation von Schulen im Detail betrachten zu können. Diese Instrumente wollen wir sowohl in öffentlichen, wie auch in privaten Schulen anwenden.

Gleichzeitig ist wichtig, dass jede Schule – auch bei schwierigen Bedingungen – Verantwortung sowohl für „ihre" Kinder und Jugendlichen als auch für die Sicherung der Qualität ihrer Arbeit als Team hat. Ein Schwerpunkt der Qualitätsentwicklung innerhalb der Schulen sollte darin bestehen, intensiv daran zu arbeiten, ihre Selbstevaluationsfähigkeiten auszubauen und die dazu erforderlichen Haltungen bei den Lehrkräften zu entwickeln. Die

bisherige Nutzung der vorhandenen Portale für Lehrer-Schüler-Feedback zum Unterricht ist noch viel zu gering.

Die Schule der Zukunft gestalten – Digitalisierung und Nachhaltigkeit in die Schulen bringen

Schüler*innen und Schüler wachsen heute in einer wesentlich schnelllebigeren Welt auf als jede Generation zuvor. Lehrer*innen stehen vor der Herausforderung, ihre Schüler*innen auf ein Leben in einer digitalisierten Welt vorzubereiten, in der sich viele von ihnen selbst nicht sicher bewegen können. Es ist deshalb zentral, passende Fort- und Weiterbildungsangebote bereitzustellen und die Menschen in der Lehrerausbildung entsprechend vorzubereiten.

Die beste Ausbildung nützt jedoch nichts, wenn die Ausstattung an den Schulen nicht annähernd auf der Höhe der Zeit ist. Wir fordern deshalb, dass alle Schulen ausreichende Ausstattung mit Computern und anderen Endgeräten bekommen und mit aktueller, zukunftsfähiger Infrastruktur wie beispielsweise Breitbandanschluss versorgt werden, die auch zulässt, dass viele Schüler*innen gleichzeitig beispielsweise das WLAN nutzen. Gleichzeitig muss die Hardware verlässlich gewartet werden – IT-Personal an allen Schulen ist dafür unumgänglich.

Digitalisierung ist aber nicht nur eine Frage von Computern, WLAN und Smartboards. Es geht darum, Schüler*innen auf das Leben in der digitalisierten Welt vorzubereiten. Dabei gilt es, sowohl Chancen als auch Risiken der Digitalisierung zu sehen. Wie auch in anderen Bereichen ist es das Ziel von Bildung, mündige Bürger*innen zu erziehen. Schüler*innen müssen lernen, wie sie Medien gewinnbringend einsetzen können, aber auch, wie sie beispielsweise Unwahrheiten erkennen oder wie sie reagieren, wenn sie Cyber-Mobbing erleben. Der Einfluss großer Konzerne und der Handel mit Daten sind genauso problematisch wie die Tatsache, dass zu häufiger Medienkonsum zu Konzentrationsschwächen und anderen Verhaltensauffälligkeiten führen kann. Und auch im Hinblick auf die Digitalisierung müssen wir soziale Ungerechtigkeiten im Blick behalten: Schüler*innen aus bildungsfernen Familien werden auch beim digitalen Wissen schnell abgehängt. Nicht alle Familien haben das Geld für mobile Endgeräte, und selbst wenn es Töpfe gibt, aus denen diese dann finanziert werden können, ist das häufig ein Ausschlussmechanismus – denn Eltern wissen häufig nicht, dass sie ihr Kind in einer Laptopklasse anmelden können, obwohl sie das Geld für den Laptop nicht haben. Hier gilt es, Hürden abzubauen; mobile Endgeräte dürfen keine Voraussetzung für den Schulbesuch sein, vielmehr wollen wir Schulen nach und nach damit ausstatten, sodass Schüler*innen sie kostenlos nutzen können.

Wir erwarten, dass die Senatsverwaltung die derzeitige Situation beendet, in der jede Schule und jeder Bezirk eigene Lösungen sucht, ohne zu wissen, welchen Anforderungen sie eigentlich gerecht werden müssen. Dazu soll sie einen umfassenden Medien- und Digitalisierungsentwicklungsplan vorlegen und innerhalb der Senatsverwaltung den Bereich Digitalisierung der Schulen personell so ausstatten, dass Schulen dort auch Ansprechpartner*innen sowohl zu inhaltlichen als auch zu technischen Fragen finden.

Gerade in Zeiten der allgegenwärtigen Digitalisierung ist es wichtig, dass wir Kindern die Möglichkeit geben, auch Umwelt und Natur greifbar zu erleben und zu erlernen.

Neben der Wissensvermittlung in den Schulen sollen deshalb in den kommenden Jahren auch zunehmend außerschulischen Lernorte als Orte zur Umwelt- und Naturbildung sowie für Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) entwickelt werden. Berlin bietet hierfür nahezu perfekte Bedingungen. Zahlreiche Akteur*innen, wie etwa die Umwelt- und Naturbildungseinrichtungen, Gartenarbeitsschulen und Waldschulen, sind in diesem Bereich bereits tätig und bieten den Schul- und Kitakindern zahlreiche Möglichkeiten.

Wir haben uns in den vergangenen Haushaltsberatungen mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die Umwelt- und Naturbildung aber auch BNE in Zukunft ein wichtiger Bestandteil des schulischen, aber auch außerschulischen Unterrichts werden. Es ist uns gelungen, dass Umwelt- und Naturbildungseinrichtungen wie etwa die Freilandlabore Marzahn und Britz mit mehr finanziellen Mitteln unterstützt werden und sie so ihre wichtige Arbeit ausweiten können. Gleiches gilt auch für weitere Initiativen wie etwa den Ernährungsrat, den Verein NAHhaft oder den Imkerverband, die ebenfalls finanziell besser ausgestattet werden. Ein wichtiges Fundament wird schon im nächsten Jahr auch ein Umwelt- und Naturbildungszentrum in jedem Bezirk sein. Die bereits bestehenden Umwelt- und Naturbildungszentren werden finanziell besser gestellt und bestehende Strukturen und Angebote ausgeweitet. Wir wollen, dass jede (Grund-)Schulklasse mindestens einmal im Jahr ein Angebot in den Umwelt- und Naturbildungseinrichtungen wahrnehmen kann.

Demokratiebildung und Diversität

Demokratiebildung und Diversität sind zwei Seiten derselben Medaille. Schüler*innen, die früh demokratische Strukturen kennen und schätzen lernen, werden auch im späteren Leben für Vielfalt, Meinungsfreiheit und Menschenwürde eintreten.

Wir wollen deshalb den Schülervertretungen, den Bezirksschülerausschüssen sowie dem Landesschülerausschuss mehr echte Mitbestimmungsmöglichkeiten geben. Hier lernen Schüler*innen, Selbstwirksamkeit und Verantwortung zu übernehmen. Nur, wenn ihre Beschlüsse auch tatsächlich etwas bewirken und finanziell beispielsweise durch Schulbudgets unterlegt sind, können diese positiven Effekte auch nachhaltig sein und Politikverdrossenheit entgegenwirken. Wir wollen deshalb auch mehr Schulen motivieren, eigene demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten wie beispielsweise Schulparlamente einzuführen.

In Berlin gibt es bereits ein aktives Netz für Demokratie- und politische Bildung. Es gilt, diese Angebote bekannter zu machen und Lehrkräften auch den nötigen (zeitlichen) Freiraum zu geben, diese mit ihren Schüler*innen anzunehmen.

Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) gilt auch für die Berliner Schulen. Sie sollten ein Ort sein, wo Kinder und Jugendliche in ihren Fähigkeiten gefördert werden, gleichberechtigt lernen und heranwachsen können. Und das natürlich ungeachtet des (zugeschriebenen) Migrationshintergrundes, des Namens, der Religion, der „Hautfarbe“, des Äußeren, der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, des sozio-ökonomischen Hintergrunds, des Alters oder einer Behinderung. Schule muss Entfaltungs-, Lernraum, aber auch „Safe Space“ sein.

Das LADG wird hier einen sinnvollen Beitrag leisten können, um den Diskriminierungsschutz an Schulen zu stärken. Uns genügt das aber noch nicht. Weitere Maßnahmen wie der Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten oder die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle als Ergänzung zur wertvollen Arbeit der Antidiskriminierungsbeauftragten der Bildungsverwaltung sind notwendig. Wir kämpfen weiter: für rassismuskritische Schulen, Schulen mit Courage und Schulen in Vielfalt!

Genau hinschauen, um Schule für unsere Kinder zu gestalten

Um Schule gestalten zu können, ist es wichtig zu wissen, wie es um unsere Schulen bestellt ist. Das geht nur mit guter Forschung und der Erhebung von Daten über unsere Schulen. Mit der Einführung der Lernmittelbefreiung für alle wird uns ein wichtiger Indikator verloren gehen, mit dessen Hilfe es möglich ist, die soziale Mischung von Schulen und Klassen nachzuvollziehen. Wir wollen dieses Defizit künftig durch andere Indikatoren, zum Beispiel den Berlinpass, ersetzen und gleichzeitig weiter in die Forschung zu unseren Schulen investieren.

Die Kinder und Jugendlichen, die heute auf die Schulen gehen, haben ihr Leben vor sich. Wir möchten allen jungen Menschen Wege in ein gutes Leben in dieser Gesellschaft ermöglichen. Jedes Kind hat das Recht auf gute Bildung und es ist unsere Verantwortung dafür zu sorgen, dass Kinder genau das bekommen.